

V39 Die wachsende Stadt braucht eine Umweltgerechtigkeitsstrategie

Antragsteller*in: Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte)

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes

Status: Zurückgezogen

1 Wer an lauten, stinkigen Straßen lebt, wird krank. Doch nicht nur Verkehr erzeugt
2 Dauerstress. Wer in hoch verdichteten Quartieren lebt, leidet besonders unter warmen
3 Temperaturen im Sommer. Das gilt besonders, wenn es nicht ausreichend Grünflächen in der
4 Nachbarschaft gibt. Aber Umweltbelastungen wie Verkehrslärm, Luftverschmutzung,
5 unzureichende Grün- und Freiflächenversorgung und schlechte bioklimatische Bedingungen sind
6 ungleich in der Stadt verteilt. Gerade in den Quartieren, die mit mehreren Stressfaktoren
7 belastet sind, gibt es oft auch ausgeprägte soziale Problemlagen. Dieses Zusammenspiel von
8 Umweltqualität, sozialer Lage und Gesundheit wird vom Konzept der Umweltgerechtigkeit
9 erfasst und bewertet. Gute Umweltverhältnisse und damit Umwelt(un)gerechtigkeit sind
10 räumlich unterschiedlich verteilt in Berlin. Hier wollen wir gegensteuern! Berlin 2030 soll
11 überall in der Stadt gesundheitlich unbedenkliche Umweltverhältnisse aufweisen!

12 Bündnis 90/ Die Grünen Berlin stehen für Umweltschutz genauso wie für vorbeugenden
13 Gesundheitsschutz **und** für Sozialpolitik. Wir können das eine nicht ohne das andere denken.

14 Gesundheitlich und ökologisch gleichwertige öffentliche Räume prägen in der Stadt die
15 Chancengleichheit, die Lebensqualität und auch die Teilhabemöglichkeiten. Wichtig ist
16 hierbei, die Ist-Situation (Berlin heute) für die Betroffenen in den mehrfach belasteten
17 Quartieren transparent und nachvollziehbar dazustellen und klare Handlungsziele zu
18 formulieren.

19 Schon im Koalitionsvertrag 2016 haben wir uns zur Anwendung der
20 Umweltgerechtigkeitskriterien bekannt und erste Schritte umgesetzt. Nun gilt es, das Konzept
21 der Umweltgerechtigkeit für die Stadtentwicklungsziele 2030 zu aktualisieren und anzuwenden.
22 Unser Ziel heißt: **Gesunde Lebensbedingungen für alle – unabhängig vom Wohnort und der**
23 **sozialen Lage!**

24 Das Konzept zur Umweltgerechtigkeit bewertet die Umweltbedingungen anhand von vier
25 Kernindikatoren, die alle Einfluss auf die Gesundheit haben: Luft(-verschmutzung), Lärm,
26 thermische Belastungen (städtische Wärmeinseln) und Grünflächenversorgung. Außerdem wird die
27 soziale Problemdichte berücksichtigt. Die gesundheitlichen Belastungen durch schlechte
28 Umweltverhältnisse sind räumlich unterschiedlich verteilt – und können zusammenwirken. Die
29 oben genannte große Straße führt zu Lärm, Emissionen und im Sommer zu „tropischen Nächten“,
30 wenn sich der Beton aufheizt.

31 Die Idee der Umweltgerechtigkeit ist es, diese unterschiedlichen Belastungen
32 zusammenzudenken und auch räumlich zu betrachten. Dazu werden Belastungskarten erstellt, die
33 auf Quartiersebene alle Belastungen zeigen. Berlin ist mit diesen Mehrfachbelastungskarten
34 Vorreiter in Deutschland, allerdings sind die Daten veraltet und müssen den Veränderungen
35 durch die wachsende Stadt angepasst werden. Die Karten zeigen, dass und auch wo sozial
36 Schwächere dreifach, vierfach oder fünffach belastet sind und diese umweltbedingten
37 Stressfaktoren sich negativ auf die Gesundheit und Lebenserwartung auswirken. Wir wollen die
38 bestehende Ungerechtigkeit beenden und für die Zukunft Verschlechterungen vermeiden. In
39 Berlin wird viel neu gebaut. Gerade bei parallelen Projekten wollen wir, dass das Konzept
40 der Umweltgerechtigkeit zur Planungsprämisse wird, um Überlastungen der Umwelt,

41 Unterversorgung mit Grünflächen und daraus folgende gesundheitsgefährdende Ungerechtigkeiten
42 zu vermeiden. Daher brauchen wir einen Stadtentwicklungsplan Umweltgerechtigkeit und eine
43 gemeinsame gesamtstädtische Steuerung durch die die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung,
44 Gesundheit und Verkehr unter Beteiligung der Bezirke.

45 Die Neugestaltung der öffentlichen Räume braucht eine Umweltgerechtigkeitsstrategie

46 Berlin erneuert seine öffentliche Infrastruktur. Die „wachsende Stadt“ hat zur Folge, dass
47 die verschiedenen Politikfelder jeweils eigene Zielvorgaben formulieren, die sämtlich ihre
48 Bedeutung im Titel tragen: Der Masterplan Wohnungsbau, die Schulbauoffensive, die
49 Verkehrswende, sind nur die prominentesten Beispiele. Sie alle formulieren fachpolitische
50 Ziele, die direkt oder indirekt den öffentlichen Raum verändern und ihn beanspruchen. Dabei
51 ist allen klar: Öffentliche Flächen gehören zwar der Allgemeinheit, können aber gerade
52 deshalb nur begrenzt die Folgen von Klimawandel, wachsender Stadt und Verkehrszunahme
53 kompensieren. Umweltressourcen wie saubere Luft, Stille, Bioklima und Boden sind vielerorts
54 überlastet. Die Verteilungskonflikte um Straßenflächen kennen und sehen wir „an jeder Ecke“.
55 Die Ökosystemdienstleistungen des öffentlichen Raumes erfordern eine gezielte Entwicklung
56 und einen integrierten Schutz, der über Naturschutzflächen weit hinausreicht und nicht
57 zuletzt dem Gesundheitsschutz und der Lebensqualität aller Menschen in der Stadt dient.

58 Angesichts der vielen öffentlichen Bauvorhaben gilt es jetzt, den gesamten lokalen
59 Handlungsbedarf inklusive der gesundheitlichen (und ökologischen) Folgewirkungen in den
60 Blick zu nehmen, Zielkonflikte zu erkennen und vordringliche Maßnahmen in der Arbeitsplanung
61 voran zu stellen.

62 Diese Aufgabe ist komplex, aber die Daten liegen bereits an verschiedenen Stellen vor und
63 die Umweltgerechtigkeitsstrategie bietet ein Bewertungs- und Zielkonzept an, auf das wir
64 aufbauen können und müssen. Denn: Berlin baut nicht mehr punktuell, sondern in vielen
65 parallelen Projekten, zu deren Kombinationswirkungen keine aktuellen Daten verfügbar sind.
66 Für die Umsetzung braucht es daher eine gemeinsame Anstrengung der zuständigen
67 Senatsverwaltungen und der Bezirke.

68 Mehrfachbelastungen zeigen vordringlichen Handlungsbedarf

69 Das Robert Koch Institut ermittelte, dass die lange Hitzeperiode im Sommer 2018 in Berlin
70 490 zusätzliche Sterbefälle verursachte. Hochbetagte Menschen waren fünfmal so stark
71 betroffen wie Menschen unter 75 Jahre, dicht bebaute und hoch versiegelte Quartiere weisen
72 ebenfalls klar erhöhte gesundheitliche Risiken bei Hitzestress auf. Die Risiken des
73 Klimawandels treffen die Menschen in dieser Stadt unterschiedlich wegen ihrer subjektiven
74 Empfindlichkeit, aber auch wegen ihres baulichen Wohnumfelds und der Nutzungen des
75 öffentlichen Raumes.

76 Die Verkehrsprognosen für 2030 gehen von weiterhin wachsendem Verkehrsaufkommen im
77 motorisierten Individualverkehr aus. Daraus folgen zunehmende Luft- und Lärmbelastung für
78 die Bevölkerung an den betroffenen Bahn- und Straßenabschnitten, wobei die Nachverdichtungen
79 zu einer höheren Anzahl an betroffenen Personen führen und sich somit zwei Entwicklungen
80 negativ verstärken.

81 Grenzwertüberschreitungen werden derzeit für Stickstoffdioxid mit erheblichem Aufwand
82 reduziert.

83 Aber neben Stickstoffdioxid sind weitere gesundheitsrelevante Schadstoffe in den Blick zu
84 nehmen: Ozon, Benzol, Schwermetalle und Feinstaub (PM 10 und PM 2,5) liegen schon heute an
85 vielen Stellen über den Richtwerten der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

86 Die Luftreinhaltung nimmt gemeinsam mit der Lärmreduzierung eine herausragende Stellung für
87 den umweltbezogenen Gesundheitsschutz ein. Gemeinsamer und dominanter Verursacher in der

88 Stadt ist der motorisierte Verkehr, daher kommt der Verkehrswende auch für die vorbeugenden
89 Gesundheitsschutz eine zentrale Rolle zu.

90 Das Gesamtbild der Mehrfachbelastungen erlaubt die Bestimmung der am besten geeigneten
91 Maßnahmen für die Anpassung an den Klimawandel und die Reduzierung von umweltbedingten
92 Gesundheitsrisiken.

93 Sanierungsbedarf und Entwicklungsziele müssen zusammen betrachtet werden

94 Berlin investiert in den nächsten 10 Jahren in dauerhafte graue, grüne und blaue
95 Infrastruktur. Dabei gilt es heute so zu bauen, dass die Investition auch in 2050 und 2070
96 noch funktioniert. Was das konkret bedeutet, haben wir schon in dem LDK Antrag „Grün statt
97 Grau- Berlin nachhaltig, sozial und ökologisch entwickeln“ ausgeführt.

98 Vor diesem Hintergrund ist eine vorsorgliche Perspektive auf die gesundheitlichen Folgen der
99 wachsenden Stadt und auf immissionsbezogene Leitplanken der Verkehrsentwicklung nicht nur
100 reaktiv bei Vollzugsdefiziten, sondern auch perspektivisch für die Umweltqualität 2030
101 geboten.

102 Was das konkret bedeuten kann, sieht man beispielsweise an der Umgestaltung des Tempelhofer
103 Damms: der Tempelhofer Damm bekommt nicht nur eine geschützte Radspur, sondern auch
104 Lieferzonen, mehr Grün, Fußgängerüberwege und ein langfristiges Zielkonzept mit einem
105 Drittel weniger motorisiertem Verkehr, um die gesundheitlichen Immissionsgrenzwerte
106 dauerhaft einzuhalten. Zugleich entsteht ein neues Quartier am Rathaus Tempelhof und
107 wahrscheinlich zusätzlicher Verkehr durch den BER.

108 Bündnis 90/ Die Grünen Berlin fordert, dass es in Zukunft bei parallelen Projekten eine
109 Folgenabschätzung auf Basis der Umweltgerechtigkeitsindikatoren gibt. Die Verwaltung der
110 Bezirke steht angesichts der unübersehbaren Unterhaltungsdefizite unter einem mehrfachen
111 Legitimations- und Entscheidungsdruck.

112 Am schnellsten ist die Wiederherstellung der „bekannten Qualität“, die politischen Ziele
113 orientieren sich aber vor allem an den Entwicklungszielen und verlangen „radikale
114 Veränderungen“ der Stadt. Hier fehlen Instrumente für die Verknüpfung gesamtstädtischer und
115 lokaler Ziele für den öffentlichen Raum. Diese Verknüpfung kann durch die
116 Mehrfachbelastungsanalysen der Umweltgerechtigkeitsstrategie erfolgen.

117 Die Bezirke bewältigen die Anforderungen mit „engagiertem Opportunismus“. Er führt zu
118 unübersichtlichen Einzelvorhaben, deren Ziele jeweils mit umfassender prozessbegleitender
119 Bürgerbeteiligung vermittelt und ausgehandelt werden. Das ist ohne ein fachübergreifendes
120 Gesamtbild zu Mehrfachbelastungen und eine fachübergreifende Zielvorgabe weder effizient
121 noch zielgerichtet.

122 Im Ergebnis fehlen uns in den Bezirken gültige Daten und Indikatoren, die einerseits die
123 Umweltinformationen aktuell für die Quartiersebene vorhalten, andererseits die Bewertung der
124 Quartierssituation im Gesamtbild der Stadt einordnen. Diese Lücke schließt die
125 Umweltgerechtigkeitsstrategie.

126 Mit einer Umweltgerechtigkeitskarte zu den Mehrfachbelastungen und deren stadträumlicher
127 Verteilung ergeben sich neue und andere Fragen der Priorisierung von Maßnahmen, der
128 Verwundbarkeit von Quartieren und der Vorsorge gegenüber umweltbedingten Gesundheitsrisiken.
129 Das ist der Mehrwert dieser Information.

130 Umweltgerechtigkeit erleichtert ein vernetztes, vorausschauendes Planen

131 Die Karten zur Umweltgerechtigkeit ermöglichen den Betroffenen und Fachleuten „auf einen
132 **Blick**“ zu erfassen, wo welche Defizite ein gezieltes Eingreifen zum Beispiel der

133 Straßenplanung, der öffentlichen Gesundheitsvorsorge, der Stadtplanung oder der Grünplanung
134 erfordern.

135 Angesichts der aktuellen Dynamik in der Stadtentwicklung sind darüber hinaus
136 Trendbewertungen, die frühzeitig auf Verschlechterungen hinweisen, zu entwickeln damit wir
137 z.B mit dem verkehrsbürtigen Feinstaub nicht in dieselbe reagierende „Feuerwehrpolitik“
138 geraten, wie beim Stickstoffdioxid. Hier soll der Maßstab für die Stadtentwicklung durch die
139 WHO Richtwerte gesetzt werden und nicht allein durch gesetzliche Grenzwerte.

140 Der Dieselskandal mit seinen teuren und kurzfristigen Handlungspflichten für die Kommunen
141 sollte uns lehren: Wir brauchen eine Planungsgrundlage, die Gesundheitsdaten, soziale Daten,
142 Baustruktur und Immissionsdaten für die Stadtplanung aufbereiten. Wir brauchen
143 Folgenabschätzungen bei großen Infrastrukturprojekten, Trendanalysen und Überblick über die
144 Verteilung von umweltbedingten Erkrankungen.

145 Umweltgerechtigkeit ist eine gesamtstädtische Steuerungs- und Monitoringaufgabe

146 Die Daten des Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas sind über 10 Jahre alt und nicht mehr
147 valide. Es besteht aufgrund der wachsenden Stadt mit allen ihren Auswirkungen
148 Aktualisierungsbedarf, der nur von mehreren Senatsverwaltungen in einer gemeinsamen
149 Anstrengung zu bewältigen ist.

150
151 Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen passt aktuell die statistische
152 Grundlage an die geänderte soziale und demographische Situation der Stadt an. Damit entfällt
153 für die Umweltdaten die kleinräumige Bezugsgröße und die Grundlage, um lokalen
154 Handlungsbedarf bei Mehrfachbelastungen zu bestimmen.

155 Es bietet sich also jetzt die Chance, die Karten zur Mehrfachbelastung methodisch und
156 inhaltlich auf den heutigen Stand zu bringen. Darüber hinaus sind Prognosen und Zielvorgaben
157 für 2030 möglich und sinnvoll.

158 Diese Informationen können nur gesamtstädtisch aufbereitet und vorgehalten werden, auch wenn
159 kleinräumige Unterschiede und Effekte durch die Bezirke zu bewältigen sind. Daher brauchen
160 wir einen **Stadtentwicklungsplan Umweltgerechtigkeit 2030** und eine gesamtstädtische Steuerung
161 durch eine der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Wohnen, Gesundheit, Pflege und
162 Gleichberechtigung oder Umwelt, Verkehr und Klimaschutz unter Beteiligung der Bezirke.

163 Die Entwicklung umweltgerechter und gesünderer Quartiere in Metropolenräumen und die damit
164 verbundene Verbesserung des Gemeinwohls sind möglich. Dies zeigen internationale Beispiele
165 wie Amsterdam und Kopenhagen an denen sich Berlin auch bei diesem Thema messen lassen muss.

Unterstützer*innen

Jelisaweta Kamm (KV Berlin-Mitte); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Theresa Reis (KV Berlin-Mitte); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Anett Ludwig (KV Berlin-Mitte); Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte); Bijan Moini (KV Berlin-Mitte); Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); Sabine Deitschun (KV Berlin-Kreisfrei); Mathias Kissling (KV Berlin-Mitte); Rico Schulze (KV Berlin-Mitte); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Gustav Kenn (KV Berlin-Mitte); Martin Johnki (KV Berlin-Mitte)